

## INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 9. März 2018

---

### Inhalt:

- › **Auftakt der Fraktionspräsidentin: Klares JA zum Stipendiengesetz.** Von Sabina Freiermuth (S.1)
  - › **Nein zur Millionärssteuer.** Von Silvan Hilfiker (S. 2)
  - › **Junge Menschen für neue Technologien begeistern.** Von Jeanine Glarner (S. 3)
  - › **Teilnahme von Auslandschweizer/Innen an Ständeratswahlen.** Von Gérald Strub (S. 3)
  - › **Die «Ehemaligen» am Puls der aktuellen Finanzpolitik.** Von Hans-Peter Widmer (S. 4)
- 

## Auftakt der Fraktionspräsidentin Klares JA zum Stipendiengesetz

**Sabina Freiermuth**, Grossrätin, Fraktionspräsidentin, Zofingen  
[sabina.freiermuth@hispeed.ch](mailto:sabina.freiermuth@hispeed.ch)



Am letzten Sonntag hat eine deutliche Mehrheit des Aargauer Stimmvolks das Stipendiengesetz gutgeheissen. Mit diesem Verdikt ist der Kanton Aargau in der Lage, sein Stipendienwesen fristgerecht an die schweizerischen Grundsätze und Mindeststandards anpas-

sen. Dazu ist er durch seinen Beitritt zum eidgenössischen Stipendienkonkordat verpflichtet. Wäre die Vorlage gescheitert, hätte der Kanton jährlich auf zwei Millionen Franken Bundesbeiträge verzichten müssen.

Das Splittingmodell, mit dem die Studierenden ihren Ausbildungsbeitrag in Form eines Stipendiums und eines rückzahlungspflichtigen zinslosen Darlehens (ein Drittel) erhalten, ist eine durchaus liberale und echt schweizerische Lösung: Der Staat hilft in einer Bedürfnissituation gezielt, und bei Entlastung gibt man etwas zurück. Befürchtungen einer Verlänge-

rung der Studiendauer wie auch einer Erhöhung des Administrativaufwands bleiben in jenen Kantonen mit Splittinglösung allesamt unbestätigt. Dafür wird der Kreis der antragsberechtigten Personen erweitert, und der Zugang zu den Hochschulen bleibt für jedermann erhalten. Die jährlichen Höchstbeiträge für Studierende werden zwar um 1'000 Franken an den schweizerischen Minimalsatz angepasst, dafür wird die Unterstützung für Mittelschüler um 2'000 Franken erhöht. Ausserdem wird die Chancengleichheit gegenüber Berufslernenden gewahrt. Diese leisten nämlich bereits lange Zeit ihren Beitrag an Staat und Gesellschaft, bevor die Akademiker ins Berufsleben einsteigen.

Dass das Resultat mit über 60 Prozent Zustimmung dermassen deutlich ausfiel, ist nicht nur wegen der einzuhaltenden Frist erfreulich, sondern auch weil die Nein-Kampagne der Gegner bei der Aargauer Bevölkerung nicht greifen konnte. Links und Mitte-Links hat mit teilweise irreführenden Inseraten und unbestätigten Befürchtungen agiert und ist in eine regelrechte Klassenkampfrhetorik abgedriftet. Die Gesamtsicht fehlte komplett, dabei ist das Gesetz insgesamt eine notwendige Reform mit ausgewogenen Massnahmen.

### Agenda:

24. April, 19.00 Uhr: Parteitag 18/2 in Stein

7. Mai, 17.30 Uhr: Ausschuss-Sitzung UBV in Aarau betr. Teilrevision Energiegesetz (inkl. MuKE)

# Nein zur Millionärssteuer

## Die Risiken überwiegen die Chancen

**Silvan Hilfiker**, Grossrat, Fraktionsvizepräsident, Oberlunkhofen  
[hilfiker@silvan-hilfiker.ch](mailto:hilfiker@silvan-hilfiker.ch)



**Im Rat behandelten wir am letzten Dienstag die Aargauer Volksinitiative mit dem süffigen Titel «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau». Der Rat empfiehlt dem Volk mit 92 Ja zu 37 Nein Stimmen die Initiative zur Ablehnung.**

Die Initiative sieht eine leichte Senkung des Steuertarifs für tiefe Vermögen vor. Dafür steigt der Tarif ab einem steuerbaren Vermögen von 500'000 Franken. Massiv höher sollen

Vermögen ab 10 Millionen Franken besteuert werden. Hier würde der Tarif mehr als verdoppelt. Mit dieser Steuererhöhung sollen dem Kanton zusätzlich 82 Millionen Franken zufließen. Klingt doch eigentlich gut - oder nicht? Jede Initiative beinhaltet Chancen und Risiken. Die FDP Fraktion ist der Meinung, dass in diesem Fall die Risiken die Chancen überwiegen und empfiehlt die Millionärssteuer aus folgenden Gründen zur Ablehnung:

### **Unklares Motiv**

Zuerst einmal ist das Motiv dieser Initiative aus dem linken Umfeld zweifelhaft. Geht es um die Sanierung des Staatshaushalts oder einfach darum, den Reichen das Geld wegzunehmen? Fest steht: Die Millionärssteuer löst das Problem des Ausgabenwachstums des Kantons nicht. Zudem versteuern bereits heute rund 2/3 der Steuerpflichtigen kein Vermögen. Eine Senkung der unteren Vermögenstarife ist deshalb nicht nachvollziehbar. Bereits heute weist der Aargau eine vergleichsweise unterdurchschnittliche Belastung bei kleinen steuerbaren Vermögen aus. Die Vermutung liegt daher nahe: Es handelt sich um eine reine Neid-Initiative. Grund genug für uns, die Initiative abzulehnen.

### **Angriff auf die Standortattraktivität**

Die Attraktivität des Kantons Aargau wird bei einem Ja zu dieser Initiative massiv beeinträchtigt. Bei Vermögen von 1 Million Franken sind unsere Nachbarkantone Luzern und Solothurn günstiger als der Aargau. Es liegt auf der Hand: Eine weitere Verschlechterung führt zu einer Abwanderung guter Steuerzahlenden, von Neuzuzügen ganz zu schweigen. Kapital ist scheu wie ein Reh. Dies zeigt auch folgendes Beispiel: Die

weltberühmte Thyssen-Bornemisza-Stiftung verliess in den 90er-Jahren das Tessin. Der Grosse Rat des Kantons Tessin hat damals mit einem heroischen Entscheid die Steuern auf Einkommen und Vermögen ab 1 Million Franken verdoppelt. Die Stiftung ist darauf nach Madrid umgesiedelt. Statt einer 100-prozentigen Erhöhung kam es zu einer 100-prozentige Senkung. Der Kanton Tessin hat viel riskiert und alles verloren. Die Kunstsammlung war und ist bis heute weg.

Dieses Beispiel zeigt, dass die in Aussicht gestellten höheren Steuereinnahmen nichts als Wunschdenken sind. Wegzüge führen zu einem Rückgang der Vermögens- und Einkommenssteuern, einem Rückgang der Einnahmen von Gewerbetreibenden und damit zu einem noch stärkeren Rückgang der Einkommenssteuern.

Bisher wurden vor allem hohe Vermögen angesprochen. Mit der Millionärssteuer sollen aber bereits Vermögen ab 500'000 Franken höher besteuert werden. Dies trifft folglich rasch Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Faktisch werden also auch Vermögen unter 1 Million durch die Millionärssteuer belastet! Ein – gewollter? – Widerspruch und ein weiterer Grund zur Ablehnung der Initiative.

### **Weniger Geld für die Bevölkerung**

Im Endeffekt wird der Bevölkerung mit dieser Initiative Geld entzogen. Das heisst, weniger Geld für die Wirtschaft, weil weniger konsumiert wird. Darunter leidet das Gewerbe, seien es Restaurants, Handwerker oder Gartenbauer. Es heisst aber auch, dass weniger Geld in die Aargauer Kultur fliesst. Dieser Gedankengang mag überraschen, ich bin aber überzeugt, ein Wegzug guter Steuerzahler belastet die Kultur in zweifacher Hinsicht: Einerseits gehen Spenden zurück, andererseits gehen «Kunden» der Kultur verloren. Auch das ist nicht im Interesse des Kantons.

Das letzte Wort zu dieser Millionärssteuer hat das Volk. Ich vertraue darauf, dass die Aargauer Bevölkerung die Standortattraktivität nicht leichtfältig aufs Spiel setzt. Heute leisten 5 Prozent der Steuerpflichtigen 2/3 aller Vermögenssteuer. Diesen Steuerzahlenden müssen wir Sorge tragen.

## Postulat der FDP-Fraktion

### Junge Menschen für neue Technologien begeistern

**Jeanine Glarner**, Grossrätin, Leiterin Ressort Bau, Verkehr, Umwelt, Energie und Raumplanung, Wildegg  
[jeanine.glarner@bluewin.ch](mailto:jeanine.glarner@bluewin.ch)



**Die jungen Menschen werden in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt aufwachsen. Mit dem Lehrplan 21 erreicht die Digitalisierung deshalb auch die Aargauer Schulstuben. So soll Informatik auch in der Volksschule einen erhöhten Stellenwert erhalten. Das Unterrichtsgefäss alleine begeistert die jungen Menschen aber noch nicht für Informatik und bereitet sie auch nicht auf die künftigen Herausforderungen der Digitalisierung vor. Entscheidend ist die Lehrtätigkeit: Die FDP-Fraktion möchte daher die Einführung eines Lehrtätigkeits-Modells analog der Berufsfachschulen prüfen lassen.**

Der Aargau ist in ein High-tech-Kanton und steht wie alle anderen Kantone ebenfalls vor der Herausforderung der Digitalisierung. Diese wird kommen, und der Kanton kann sie als Chance nutzen. Der Fachkräftemangel im Bereich Informatik ist bereits heute Tatsache. Legt der Kanton Aargau keine Akzente im Bereich Informatik / Digitalisierung, so zieht dieser zukunftsweisende Wirtschaftszweig an unserem Kanton vorbei.

Richtigerweise wird dem Thema Informatik mit dem Lehrplan 21 bereits in der Volksschule mehr Gewicht beigemessen. Eine Verankerung von Informatikunterricht im Lehrplan alleine reicht aber nicht aus, um die Schülerinnen und Schüler zu begeistern und auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Digitalisierung ist mehr als Informatik.

Die Lehrtätigkeit ist entscheidend und kann nicht alleine bei den Lehrpersonen anknüpfen, denn der Wandel geht zu schnell und findet in zu vielen Bereichen gleichzeitig statt. Die

Lehrerbildung kann da weder qualitativ noch quantitativ noch zeitlich mithalten. Wer könnte da für die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler besser geeignet sein als diejenigen, die täglich in diesem Beruf arbeiten und ständig mit der Entwicklung mitgehen?

Aus der Berufsbildung kennen wir dieses bewährte Modell. Berufsfachspezialisten aus der Branche gehen in einem Nebensum einer Lehrtätigkeit an Berufsfachschulen nach. Die FDP-Fraktion fordert nun, dass der Regierungsrat eine Einführung dieses Modells der Lehrtätigkeit auch für die Volksschule und die Gymnasien als Alternative zur althergebrachten Lehrerbildung an der Pädagogischen Hochschule prüft. Aufgrund des akuten Fachkräftemangels und der sich rasch wandelnden Anforderungen, z.B. im Bereich Informatik, dürften zahlreiche Branchen ein grosses Interesse daran haben, dass Schülerinnen und Schüler für die neuen Technologien und deren Möglichkeiten begeistert werden können.

## Teilnahme von Auslandschweizer/Innen an Ständeratswahlen

### Verfassungs- und Gesetzesänderungen wurden in erster Beratung angenommen

**Gérald Strub**, Grossrat, Gemeindeammann, Boniswil  
[Gerald.strub@strubpartner.ch](mailto:Gerald.strub@strubpartner.ch)



**An der Grossratssitzung vom 6. März 2018 wurde in der ersten Beratung die Teilnahme der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer an den Ständeratswahlen diskutiert. Die nötigen Änderungen an der Verfassung des Kantons Aargau und am Gesetz über die politischen Rechte (GPR) fanden mit Unterstützung der FDP eine klare Mehrheit im kantonalen Parlament.**

Mit Schreiben vom 27. Februar 2017 ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO) mit dem Anliegen an den Regierungsrat

des Kantons Aargau herangetreten, den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern solle die Teilnahme an den Ständeratswahlen ermöglicht werden. Sofern sie im Stimmregister eingetragen sind, seien sie befugt, ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Nationalrat zu wählen. Bedauerlicherweise

bliebe es ihnen jedoch untersagt, ihre Parlamentsmitglieder des Ständerats zu ernennen. Die ASO erachtet es als essenziell, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gleichermaßen ihre Vertreterinnen und Vertreter für den Ständerat bestimmen könnten. Die internationale Mobilität nehme laufend zu. Heutzutage erfolge eine Auswanderung für ein paar Jahre, um dann wieder in die Schweiz zurückzukehren. Es sei wichtig, dass die Verbundenheit zum Heimatkanton aufrechterhalten bleibe. Die parlamentarischen Entscheide würden auch Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer betreffen (zum Beispiel Bürgerrecht, politische Rechte, Sozialversicherungen sowie Aussenpolitik). Aus diesem Grund sei es angebracht, dass diese ihre Vertreterinnen und Vertreter beider Kammern wählen könnten.

Das Anliegen des ASO erzeugte in der Debatte auch kaum Widerstand. Hingegen wurde der Prüfungsantrag der SP mit dem Wortlaut «Der Regierungsrat soll auf die zweite Beratung hin Möglichkeiten aufzeigen, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die schon seit längerer Zeit in der Schweiz niedergelassen sind, in Verfassung und/oder Gesetz festzulegen» klar abgelehnt. Der Grosse Rat will die beiden Themen nicht vermischen.

Es ist davon auszugehen, dass die zweite Beratung in der Kommission und anschliessend im Grossen Rat unspektakulär verlaufen wird.

## FDP. Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Die „Ehemaligen“ am Puls der aktuellen Finanzpolitik

**Hans-Peter Widmer**, ehem. Redaktor und FDP-Grossrat, Hausen  
[Hanspeter.widmer@hispeed.ch](mailto:Hanspeter.widmer@hispeed.ch)



**Der Aargau kämpft gegen rote Zahlen. Das ist auch für frühere freisinnige Amtsträgerinnen und -träger nichts Neues. Aber wie wird diese Herausforderung heute gemeistert? Dazu boten die fünf Ressortverantwortlichen der FDP-Grossratsfraktion den Seniorinnen und Senioren einen aktuellen und informativen Einblick.**

Aus grossrätlichen Spardebatten vergangener Zeiten blieb Ehemaligen noch das Goethe-Zitat des einstigen legendären freisinnigen Finanzdirektors Kurt Lareida in Erinnerung: „Wir wollen alle Tage sparen, und brauchen alle Tage mehr“. Auch die aktuellen Aussichten tendieren in diese Richtung. Bei einem Etat von 5,5 Mrd. Franken werden für den Zeitraum 2018 bis 2026 jährliche Finanzierungslücken von 150 bis 250 Mio. Franken befürchtet. Die Fehlbeträge basieren auf einem 2016 eingetretenen Knick bei den Steuereinnahmen und auf einem Kostenwachstum, das sich allein im Gesundheitswesen von 2012 bis 2018 auf 60 Prozent bezifferte. Der Regierungsrat sieht vor, die Lücke durch 100 Mio. Franken Mehreinnahmen (+ 5 Steuerprozente) und mit Einsparungen von 80 bis 100 Mio. Franken aus 14 Sparmodulen zu schliessen.

### Handlungsbedarf

„Es besteht zwingender Handlungsbedarf“, betonte Grossrat Gabriel Lüthy, Ressortleiter Finanzen der FDP-Fraktion, am Frühjahrstreffen der FDP Seniorinnen und Senioren im Aarau-er „Schützen“. Er und die vier weiteren Ressortverantwortlichen

Jeanine Glarner (Bau, Verkehr und Umwelt), Martina Sigg (Gesundheit und Soziales), Christine Keller Sallenbach (Bildung, Kultur und Sport), und Herbert H. Scholl (Volkswirtschaft und Inneres) analysierten die einzelnen Sparmodule. Aber zuvor beleuchteten sie fünf happe Postulate mit Sparpotenzial aus der Liberalen Agenda 2024 der freisinnigen Fraktion: Verkauf der Kantonsspitäler und revidierte Leistungsaufträge für die Regionalspitäler, Gebietsreform mit Gemeindefusionen von unten nach oben, Zentrierung der Kompetenzen bei den Berufsfachschulen, Effizienzverbesserungen im öffentlichen Busverkehr sowie Modernisierung der Staatsverwaltung durch Digitalisierung und Automatisierung.

Die fundierten und differenzierten Darlegungen machten aber deutlich, dass nicht nur finanzielle Vorteile, sondern auch staatspolitische, soziale, gesellschaftliche und ideologische Erwägungen bei Entscheidungen massgebend sind. Solche Einwände trüben zum Beispiel die Einsicht, dass der Kanton seine Mehrfachrollen als Besitzer, Leistungsbesteller, Tarifgestalter, Mitfinanzierer und Aufsichtsorgan der Kantonsspitäler bereinigen sollte. Oder, dass er mit elf Akutkliniken und Regionalspitälern, die nach Leistungsausweitungen streben, noch Optimierungspotenzial bei den Gesundheitskosten hätte.

## **Beleuchtung der Sparmodule**

Sparprogramme bedienten sich in der Vergangenheit mit Vorliebe der „Rasenmähermethode“ – der gleichmässigen, linearen Kürzung von Ausgabenposten, um den „Leidensdruck“ symmetrisch auf die einzelnen Departemente zu verteilen. Der jetzige Vorschlag mit 14 Sparmodulen tendiert auf nachhaltigere strukturelle Entlastungen. Am meisten Einzelmassnahmen werden von den ausgabengrössten Departementen Gesundheit (DGS) und Soziales sowie Bildung, Kultur und Sport (BKS) erwartet. Die fünf freisinnigen Ressortverantwortlichen

erörterten unter anderem die Kürzung der gymnasialen Ausbildung, die Ausdünnung der Bauregulierungen, die Erhaltung kleiner Volksschulen, den Steuerbezug durch den Kanton oder die Gemeinden, die Reduzierung der Wasserzinsen und die Globalbudgetierung im Gesundheitswesen.

Es war ein erhellender und erfrischender Einblick in die aktuelle kantonale Finanzpolitik. Dafür bekam das Podium von den „Ehemaligen“ einen kräftigen Applaus. Erstmals leitete die frühere Grossrätin Ursula Brun Klemm, Rheinfelden, das Seniorentreffen. Sie löste die ehemalige Regierungsrätin Stéphanie Mörikofer ab.

Nächste Veranstaltung der FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren:

**30.Mai 2018 im Ciné 8 in Schöftland. Thema: Die Invasion 1944**

---

### **Redaktion und Versand INSIDE:**

Kaspar Schoch, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau  
E-Mail: [info@fdp-ag.ch](mailto:info@fdp-ag.ch)